

**Wegner ist die Fortsetzung abgewählter Politik unter anderem Namen
Für diese Scharade hätte man auf Neuwahlen verzichten können!**

**Rede des Landesvorsitzenden
MARIO RHODE
Landesparteitag
FREIE WÄHLER Berlin**

29.September 2023, 10:00 Uhr

*Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort*

Ein herzliches Willkommen bei den FREIEN WÄHLERN Berlin, der demokratischen Alternative für die Menschen in der Hauptstadt,

die kein Vertrauen in den Wegner-Giffey-Senat haben und (auch) der parlamentarischen Opposition nichts zutrauen.

die genug haben von ideologischer Politikfolklore und intoleranter Wokeness.

die in einer sicheren Stadt leben wollen, in der das Recht des Staates gilt und nicht das Recht der Strasse.

in einer Stadt mit einer funktionierenden Verwaltung und ordentlichen Schulen.

der demokratischen Alternative für die Berlinerinnen und Berliner,

die die sprichwörtliche „Berliner Schnauze“ voll haben von Chaos und Mangelverwaltung.

die aus Verzweiflung mit der AfD liebäugeln, aber keine Rechtsaussen sind.

denen schon jetzt klar ist, dass immer noch Sozialismus drin ist, wo aus Marketinggründen künftig Sahara Wagenknecht draufsteht.

Willkommen damit bei der Partei,

die hält, was sie verspricht.

die als liberal-konservative Kraft einem bürgerlich aufgeklärten Wertekompass folgt.

die bodenständige Politik mit gesundem Menschenverstand als Auftrag der Bürger begreift, die Probleme des Alltags zu lösen und Antworten auf die Herausforderungen zu erarbeiten, an denen unsere Wettbewerber so offensichtlich scheitern.

Willkommen, liebe Mitglieder und Freunde, zu unserem zweiten Parteitag in diesem Jahr!

Auch wenn im Mittelpunkt der heutigen Beratungen die Verabschiedung einer grundsätzlich überarbeiteten Satzung steht, gestatten Sie mir zunächst ein paar politische Bemerkungen.

Völker der Welt, schaut lieber nicht auf diese Stadt, ist man in diesen Tagen in Abwandlung des legendären Appells von Ernst Reuter geneigt zu rufen. Berlin, liebe Freundinnen und Freunde, zeigt sich von einer unfassbar hässlichen, tief beschämenden Seite.

Auf den Strassen vor allem Neuköllns entlädt sich blanker Hass gegen Israel, religiöser Fanatismus bedroht jüdisches Leben, Jüdinnen und Juden haben Angst, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Mit Davidsternen markierte Häuser erinnern an die dunkelste Zeit deutscher Geschichte. Polizei und Rettungskräfte sehen sich brutalster Gewaltexzesse ausgesetzt, die die unvergessen schockierenden Szenen aus der Silvesternacht noch übertreffen.

Dass das Holocaust-Mahnmal im Herzen der deutschen Hauptstadt unlängst von behelmteten Polizisten vor Attacken lupenreiner Antisemiten geschützt werden musste, macht wütend.

Diesen Mitbürgern mit und ohne deutschen Pass muss in aller Deutlichkeit klar gemacht werden:

Angriffe auf Jüdinnen und Juden,
Angriffe auf Synagogen und jüdische Einrichtungen
Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte

sind keine Freiheitsrechte, sondern Straftatbestände!

„**Nie wieder**“ darf nicht zu einer Hohlformel verkommen, sondern muss **JETZT** mit Leben gefüllt werden. In diesem Sinne bieten wir FREIE WÄHLER dem Regierenden Bürgermeister, dem Senat und den demokratischen Parteien sowie den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Zusammenarbeit an.

Jetzt ist nicht die Zeit für parteipolitischen Geländegewinn.

Gemeinsam gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit - das ist das Gebot der Stunde; aus geschichtlicher Verantwortung Deutschlands und ganz persönlicher Verantwortung jedes Einzelnen für unsere Demokratie!

Es ist infam und unverantwortlich, dass Parteien und Gruppierungen der extremistischen Ränder versuchen, die Menschen gegeneinander auszuspielen und aufzuwiegeln.

So will uns die politischen Rechte einreden, Antisemitismus und die Verachtung unseres Rechtsstaates sei das Ergebnis des seit 2015 importierten Antisemitismus.

Ja, das ist es auch, aber definitiv nicht nur!

Unkontrollierte Zuwanderung, der zehntausendfache Missbrauch des Asylrechts, zu lange Verfahren, unzureichende Abschiebungen und fatale Versäumnisse bei der Integration - das alles sind die Zutaten einer für den gesellschaftlichen Frieden toxischen Mischung.

Aber es gibt auch noch den urdeutschen Antisemitismus von rechts und auch von links. Die Jugendlichen, die vor dem Auswärtigen Amt „Free Palestine from German Guilt!“ skandieren, sind hausgemachte Antisemiten einer degenerierten Wohlstandsgesellschaft, in der fehlende Allgemeinbildung durch einen törichten Bekenntniszwang ersetzt wird.

Wahlweise blockieren Antisemiten oder Klimakriminelle die Strassen. Beiden ist eine moralisierender Überheblichkeitsattitüde gemein, die den arbeitenden Menschen gewaltig auf die Nerven geht. Die Zumutungen, denen wir „Normalos“ mittlerweile täglich in der Stadt ausgesetzt sind, haben die Grenze dessen gesprengt, was Dialog noch zuliesse.

Die Bilanz der Klimakleber ist erschreckend:

Für die Räumung der Blockaden waren Berliner Polizisten im Zeitraum Januar bis Mitte Oktober fast 540.000 Stunden im Einsatz.

Über 5600 Anzeigen wurden geschrieben.

Der Schaden alleine für die Klebeaktionen auf den Strassen beläuft sich auf rund 70.000 Euro. Der Vandalismus mit sechsstelligen Reinigungskosten am Brandenburger Tor und unlängst der Weltzeituhr nicht eingerechnet.

Und die Antwort der Justiz?

Die Anzahl der eingeleiteten Verfahren:
Keine 2500.

Verurteilungen:
Unter 150!

Davon Haftstrafen:
Zwei!

Ernüchternde Zahlen wie Schläge in das Gesicht der Polizistinnen und Polizisten, die angegriffen werden, sich bespucken und beleidigen lassen müssen, bei den gefährlichen Einsätzen gefilmt und ins Netz gestellt werden; freigegeben zur Hetzjagd und immer der Gefahr einer denunziatorischen Dienstaufsichtsbeschwerde ausgesetzt.

Dem Regierenden Bürgermeister, wie auch der Polizeipräsidentin rufe ich zu:

Die Polizei schützt uns. Wir schützen sie!

Unsere Polizistinnen und Polizisten haben jede politische und rechtliche Rückendeckung verdient.

Vor einem Dreiviertel Jahr wurde die Skandalwahl 2021 wiederholt. Bisher ist der neue Senat eine einzige Enttäuschung und Besserung ist nicht in Sicht.

Was ist denn geworden aus den Versprechungen, die Kai Wegner die Türen an die Macht geöffnet haben?

Entschlossen im Kampf gegen Kriminalität/mit dem Schwerpunkt auf innere Sicherheit im Wahlkampf um die Stimmen gebuhlt, hat er sich schon bei den Koalitionsverhandlungen in den Biotop-Themen der abgewählten grün-linken Parteien verloren.

Kai Wegner hat sich als das erwiesen, was selbst Christdemokraten hinter vorgehaltener Hand schon früher gesagt haben: **Ein Blender!**

Witterungsbedingter Abschiebesstopp ausreisepflichtiger Migranten von Oktober bis April! Von Grün-Rot-Rot hätte man das erwartet. Aber von einem CDU-geführten Senat? Das ist eine Ignoranz gegenüber den Interessen der Bevölkerung, die an Wahlbetrug grenzt. Wo tausende Urlauber aus Deutschland hinfahren, um der nasskalten Tristesse der Hauptstadt zu entfliehen, soll aus „humanitären“ Gründen nicht abgeschoben werden. Die das zu verantworten haben, sollten sich über Wahlerfolge der AfD nicht mehr wundern.

Die ernüchternde Bilanz nach neun Monaten:

Versprochen:

Bezahlbarer Wohnraum, bessere Schulen, eine funktionierende Verwaltung, schnellere Digitalisierung, Stärkung von Polizei und Justiz, Förderung der mittelständischen Wirtschaft, des Einzelhandels und der Gastronomie, die noch immer ganz besonders unter den Folgen der Pandemie und nun noch der Energieverteuerung sowie der Inflation leidet.

Geliefert bis jetzt:

Die Friedrichstrasse ist wieder für den Autoverkehr geöffnet.

Mein Fazit:

Der von der CDU versprochene Politikwechsel ist ausgefallen. Kuscheln mit der SPD ist angesagt.

Der, der von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag bekommen hat, die Dienstzimmer mal richtig durchzulüften und in der Stadt Ordnung zu schaffen, ist ein Ausfall.

**Linke - gescheiterte - Politik regiert farblich neu verkleidet weiter.
Für diese Scharade hätte es keiner teureren Neuwahlen bedurft.**

Nur ein Beispiel noch:

Selbst wenn es die 20.000 Wohnungen pro Jahr gäbe, die der Senat bauen will. Das reicht nicht!
Am 14. Oktober titelte die BZ:

43.000 Beerben in 30 Minuten für nur 288 Wohnungen.

Die Inserate der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Howoge wurden nach diesen 30 Minuten bereits wieder abgeschaltet.

Doch statt Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Anreize für Vermieter zu schaffen, in den Bau neuer Wohnungen zu investieren, heisst es unter der Verantwortung eines angeblich konservativen Bürgermeisters: **Planwirtschaft und Zuteilung!**

So titelte Focus online am 23. Oktober:

Ab 2024 will der Senat nur noch Ein-Raum-Wohnungen für Singles.

Eine Idee, die nicht etwa aus der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang stammt, sondern amtliche Ohnmachtpolitik des CDU-geführten Senats in der deutschen Hauptstadt ist.

Die Auswirkungen werden dramatisch sein, denn immerhin haben die landeseigenen Wohnungsgesellschaften rund 300.000 Wohnungen im Bestand, das sind 15 Prozent aller Wohnungen in Berlin. Singles, die keine Ein-Raum-Wohnung bekommen, werden sich auf dem freien Markt umsehen müssen, wo die Mieten dadurch nochmals steigen werden.

Natürlich belastet der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen die Situation erheblich. Was so lange geleugnet wurde, ist offenkundig und hier endlich entschlossen gegenzusteuern ist Verpflichtung aller Politiker, die angetreten sind, Schaden von dem Volk abzuwenden.

Damit ein Wort zur Migration.

Wie es geht, zeigt Dänemark. Eckpunkte, die Vorbild für Deutschland sein müssen:

Migranten-Quote in Wohngebieten

In Brennpunktvierteln dürfen höchstens noch 30 Prozent „nichtwestliche“ Migranten wohnen. Der Grund kenne wir in Berlin nur zu gut: In diesen Stadtgebieten ist die Bildungsquote niedrig, dafür Arbeitslosigkeit und die Kriminalitätsrate hoch.

Rückkehrprämien

Asylbewerbern werden bis zu 5400 Euro für eine freiwillige Rückkehr gezahlt.

Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer,
z.B. Ruanda, Tunesien, Äthiopien und Ägypten

Asylbewerber sollen von Dänemark z. B. nach Ruanda (Afrika) gebracht werden, wo ihr Antrag bearbeitet wird. Nach einem positiven Bescheid werden sie dort angesiedelt.

Einschränkung der Bewegungsfreiheit abgelehnter Asylbewerber

Diese Personen müssen sich in „Rückkehrzentren“ aufhalten, solange eine Abschiebung wegen der Sicherheitslage in ihrem Heimatland nicht möglich ist.

Beschlagnahmung von Wertsachen bei Einreise

Mit dem sog. „Schmuckgesetz“ können Asylbewerbern an der Grenze Vermögensgegenstände abgenommen werden, um Kosten zu decken.

Unterbringung verurteilter Straftäter aus Drittländern im Kosovo

in Dänemark verurteilte Straftäter aus Drittländern sollen in Gefängnissen im Kosovo untergebracht werden. Nachdem sie ihre Strafe verbüsst haben, werden sie in ihre Heimatländer abgeschoben.

Schon die Ankündigung einzelner dieser Maßnahmen reichte, um die „Nachfrage“ nach Asyl in Dänemark massiv zurückgehen zu lassen.

Ich fordere, dass Berlin über den Bundesrat auf die Bundesregierung einwirkt, endlich wirksame Maßnahmen nach dänischem Vorbild gegen unkontrollierten Zuzug und Asylmissbrauch zu ergreifen. Dazu gehört auch, Mobiltelefone auslesen zu können, um die Herkunftsländer von denen feststellen zu können, die ihre Pässe wegwerfen.

Liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

langsam beginnen die Berlinerinnen und Berliner zu spüren, dass Wegner eine Mogelpackung ist und nicht liefert, was er ihnen/was er uns allen vor der Wahl versprochen hat. Sie ahnen, dass die gefeierte Geräuschlosigkeit zwischen den Koalitionären natürlich nicht Folge eines professionell abgestimmten Miteinanders herausragend kompetenter Amtsträger ist, sondern Zeichen von Führungsschwäche des Chefs.

Positiv bewerten die Arbeit des Regierenden Bürgermeisters nach aktuellen Zahlen (Repräsentative Befragung von Infratest dimap im Zeitraum 12.10. -16.10.) lediglich 30 Prozent der Befragten.

Das ist der niedrigste Wert aller 16 Länderregierungschefs.

Dass fast 20 Prozent Kai Wegner gar nicht kennen, dürfte der Grund sein, dass sein Zustimmungswert nicht noch niedriger ist.

Noch kann sich die CDU von der Negativperformance ihres Frontmannes entkoppeln.

Bei der Sonntagsfrage erzielt die Partei noch immer das Februarergebnis. Abgestraft dagegen wird die SPD, die mit einem Minus von 3.4 Prozent auf jetzt nur noch 15 Prozent gefallen ist. Verluste auch für die LINKE (minus 2 Prozent auf 10).

Während die FDP unter 5 Prozent dümpelt, ist die AfD um 6 Prozent gestiegen; von 9.1 Prozent im Februar auf das SPD-Niveau von ebenfalls 15 Prozent.

Damit ist klar:

Keine neun Monate nach der Wahl hat die neue Koalition keine Mehrheit mehr in der Stadt.

Das ist keine große Koalition, schon gar nicht eine der großen Ideen und des versprochenen Neuanfangs.

Das ist eine Koalition der großen Enttäuschung.

Da nützt auch kein Possieren mit der Regenbogenfahne und kein Queer-Beauftragter, der den berechtigten Anliegen der LGBTQ-Community ohnehin mehr schadet als nutzt.

Kai Wegner hat mit konservativen Parolen Wahlkampf gemacht, den bürgerlichen Stadtrand damit gewonnen und buhlt jetzt um die Stimmen im grünen Milieu in Mitte. So wird er die einen verlieren und die anderen nicht gewinnen.

Die Menschen aber haben genug von Inszenierung, sie wollen - sie honorieren - Authentizität und Verlässlichkeit, wie es die Wahlen zuletzt in Bayern und in Hessen gezeigt haben.

In beiden Ländern haben die FREIEN WÄHLER zugelegt. Der Erfolg in Bayern hat aufgrund eines Vorlaufs, über den wir in Berlin wirklich nicht glücklich waren, bundesweites Aufsehen erregt. Den Erfolg in Bayern aber mit der Flugblattdebatte zu begründen, wäre schlicht falsch.

Alle Analysen des Wahlergebnisses haben uns bestätigt auf unserem Kurs einer freiheitlichen Partei

die nicht mit ideologischem Eifer missioniert, sondern dafür sorgt, dass unser Land vorankommt.

die dafür kämpft, gesellschaftliche Spaltung zu überwinden und den inneren Frieden zu bewahren.

die für ein Innovations- und Investitionsklima wirbt, in dem sich Wirtschaft entfalten kann und Arbeitsplätze nicht abgebaut werden, sondern neue entstehen, weil Unternehmen nicht ins Ausland abwandern müssen, um überleben zu können.

auf unserem Kurs einer liberalen Partei,

die Digitalisierung forciert, Verwaltung modernisiert und die uns alle erstickende Bürokratie abbaut.

die unsere Kinder nicht um ihr Recht auf Bildung bringt, weil für alle möglichen Spinnereien im bunten Deutschland Geld vorhanden ist, nur nicht für ordentliche Schulen und ausreichend Lehrer.

auf unserem Kurs einer sozialen Partei

die Altersarmut als gesellschaftliche Schande nicht hinnehmen will und Vereinsamung in der Gesellschaft als ein Querschnittsthema begreift, das alle politischen Bereiche fordert.

auf unserem Kurs einer Partei des Rechtsstaats

die auf der Durchsetzung von Recht und Ordnung besteht und dabei einzig auf das staatliche Gewaltmonopol setzt, weil nur so ein friedliches Zusammenleben der Nationen, Religionen und Kulturen gewährleistet werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
meine lieben Freunde,

Berlin ist überfordert, die hier lebenden Menschen sind überfordert, weil die Stadt auch nach den Wahlen von Inkompetenz regiert wird.

Aus Zweifeln an der Lösungskompetenz der politischen Entscheidern wird Verzweiflung; die Wut über die Arroganz der Mächtigen schlägt um in ablehnende Skepsis gegenüber den demokratischen Institutionen.

Vor diesem Hintergrund muss der Aufstieg der AfD nochmals mehr Angst machen. Und keine der etablierten Parteien kann mit dem Finger auf die anderen zeigen; sie alle tragen Schuld, da ihre Politik in unterschiedlichen Konstellationen und Koalitionen den Nährboden bereitet hat, auf dem die Parolen der Populisten überhaupt erst gedeihen konnten.

Sahra Wagenknecht trifft mit vielen ihrer Analysen die Stimmung in der Bevölkerung. Sie ist eine begeisterte Rednerin und beherrscht das Spiel der Demagogie. Sie denkt links und spricht aus Kalkül bei manchen Themen rechts.

Denen, denen es um Veränderung im demokratischen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft geht, sollten sich aber nicht von ihrer Fassade täuschen lassen.

Wer begründeten Protest und verständlichen Unmut wirklich umgesetzt wissen will

in eine bürgerliche Politik, die auf maximale Freiheiten des Einzelnen mit klaren Regeln für alle setzt,

in eine Politik der Vernunft, befreit von staatlicher Bevormundung und moraliner Besserwisserei,

in eine Politik der Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung und ökologischem Augenmaß,

der hat eine Wahl:

FREIE WÄHLER
Die demokratische Alternative!

Wer dem weiter so in Berlin (Bund und Stadt) ein Ende bereiten will, ohne dafür den Preis zu zahlen, den sozialistischen Lebenstraum einer gestrauchelten Ikone doch noch verwirklichen zu müssen,

der hat eine Wahl:

FREIE WÄHLER
Die demokratische Alternative!

Die FREIEN WÄHLER bieten den Menschen an, was Berlin so dringend braucht:

Verlässlichkeit. Berechenbarkeit. Vernunft. Realismus.

Natürlich ist uns als Landesvereinigung bewusst, dass der Auftritt unserer Freunde in Bayern nicht immer das ist, was im Prenzlauer Berg verfährt, uns die Wähler in Mitte zutreibt, die Menschen im Wedding und in Neukölln begeistert und von Marzahn bis in den Grunewald uns zur Nummer eins machen könnte.

Es geht dabei aber nicht um besser oder schlechter, modern oder antiquiert.

In Berlin wird einfach anders gesprochen als in Niederbayern und die Probleme sind auch häufig ein wenig anders gelagert als in Oberbayern.

Die FREIEN WÄHLER Berlin machen Politik für Menschen ohne Ansehens von Herkunft oder Staatsangehörigkeit, religiösen Bekenntnisses oder sexueller Orientierung. Wir treten ein für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, bekennen uns zu dem staatlichen Gewaltmonopol und engagieren uns für eine Gesellschaft, die geprägt ist von gleichberechtigter Teilhabe, sozialem Ausgleich, wechselseitigem Respekt sowie dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, einschliesslich der Achtung aller Lebewesen; gleich ob Mensch oder Tier.

Totalitären Tendenzen treten wir entschieden entgegen. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist für uns nicht verhandelbarer Wesenskern lebendiger Demokratie. Wir kämpfen gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung, gegen Antisemitismus, Hass und Hetze auch in der digitalen Welt.

Das ist der Wortlaut der Präambel, die wir unserer vollständig überarbeiteten Satzung heute an diesem Parteitag vorangestellt. Das ist unser politischer Auftrag. Das ist unser Versprechen an die Berlinerinnen und Berliner. Daran lassen wir uns messen.

In den kommenden Monaten werden wir auf dieser uns verpflichtenden Wertebasis eine programmatisch umfassende Debatte mit unseren Mitgliedern, externen Experten und Freunden der FREIEN WÄHLER führen.

Dabei werden wir uns mit den Fehlleistungen des Senats auseinandersetzen und mit unüberhörbarem Berliner-Akzent unsere Antworten auf die zentralen Probleme der Hauptstadt formulieren.

Unser Ziel ist die parlamentarische Vertretung der FREIEN WÄHLER Berlin 2025/2026 auf allen Ebenen - von BVV über AGH bis Bundestag. Der Bundesvereinigung und unserer Berliner Kandidatin für das Europaparlament, Evelyn Plogmeier, versprechen wir zuvor für die Europawahlen im kommenden Jahr volle Unterstützung und einen engagierten Wahlkampf.

Machen wir uns an die Arbeit!
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.